

TAGUNGEN

PACEM IN TERRIS II

In Abwesenheit einiger angekündigter „Stars“ fand vom 28. bis 31. Mai in Genf die zweite Auflage der privaten Diskussionsrunde *Pacem in Terris* statt. Das Treffen wurde vom *Center for the Study of Democratic Institutions*, einer Gemeinschaft von führenden Intellektuellen mit Sitz in Santa Barbara (USA), organisiert. „*Pacem in Terris I*“ hatte 1965 in New York stattgefunden. Die Genfer Wiederholung war von einer Pechsträhne verfolgt: UNO-Generalsekretär *U Thant* und eine Reihe weiterer Persönlichkeiten mußten ihre Mitwirkung wegen der Krise im Nahen Osten kurzfristig absagen. Nordvietnam und die „Nationale Befreiungsfront“ sagten ebenfalls im letzten Moment ab, so daß die Veranstalter auch den bereits in Genf weilenden südvietnamesischen Außenminister wieder ausladen mußten. Schließlich zogen sich die Teilnehmer aus der Sowjetunion überraschenderweise „aus Solidarität mit Nordvietnam“ zurück, gefolgt von der DDR-Delegation, welche allerdings ihre Entscheidung am folgenden Tag wieder rückgängig machte. Die Polen, Rumänen, Jugoslawen und Tschechoslowaken blieben der Konferenz treu.

Die verstümmelte Teilnehmerliste war noch immer recht eindrucksvoll. Unter den ungefähr 360 Delegierten befanden sich sechs Nobelpreisträger, vier Mitglieder des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, führende Politiker und Diplomaten aus allen Erdteilen. Erklärtes Ziel der Konferenz war die Diskussion der wichtigsten Probleme der Gegenwart „zu einem Zeitpunkt, da die normalen diplomatischen Kanäle verstopft zu sein scheinen“. Auf der Tagesordnung standen Südostasien, die Deutschlandfrage, die friedliche Koexistenz im weitesten Sinne und die Beziehungen zwischen den entwickelten und den unterentwickelten Staaten. Aufgrund der Ereignisse wurde in letzter Minute die Lage im Nahen Osten eingeschoben, die Diskussion trat aber mangels Vorbereitung kurz.

U Thants Eröffnungsrede wurde per Satelliten in Wort und Bild in den großen Versammlungssaal des Genfer Palais des Nations übertragen. „Was ich als den gemeinsamen Faktor in all den kritischen Situationen feststelle, gleichgültig wo in der Welt sie abrollen und wer die Akteure sind, ist die Kluft zwischen den Regeln und den Praktiken“, erklärte der Generalsekretär der Vereinten Nationen. „Fast alle direkt in diesen Konflikten verwickelten Parteien sind Mitglied der Vereinten Nationen. Sie haben sich verpflichtet, die Grundsätze der UNO-Charta einzuhalten, und sie sind mehr als notwendig bereit, diesen Grundsätzen Lippendienste zu erweisen. Aber es scheint mir

des öfteren, daß sie in ihrem internationalen Verhalten eigene Wege gehen, ohne sich um die Beschränkungen und Vorschriften der Charta zu kümmern, wenn sie glauben, ihre vitalen Interessen seien betroffen oder bedroht. Es war diese gefährliche Tendenz, feierlich abgeschlossene internationale Verpflichtungen zu mißachten und Verträge wie Papierstücke zu zerreißen, die zu zwei Weltkriegen geführt hat. (...) Wenn eine solche Abweichung von den Regeln erkannt wird, so macht man alle Anstrengungen, sich durch vollendete Kasuistik und Doppelzüngigkeit zu rechtfertigen. Ich betrachte diese Politik als gefährlich und geeignet, an den Rand des dritten Weltkriegs zu führen, sofern dies nicht bereits geschehen ist.“

Der allgemeine Meinungs-austausch begann mit der *Vietnamfrage*. Wer ist für die eingetretene Situation hauptverantwortlich? Wer hat die Genfer Verträge gebrochen? Am Tisch saßen der kanachsche Asienspezialist und Sonderbotschafter *Chester Ronning*, der französische Sonderbotschafter *Jean Chauvel*, der ehemalige Leiter der internationalen Kontrollkommission für Vietnam, *Desai* (Indien), der polnische Spitzendiplomat *Dobrosielski*, der thailändische Außenminister *Khoman*, der indonesische Botschafter in Hanoi und der Botschafter Kambodschas in Paris. An der Diskussion beteiligten sich ferner die US-Senatoren *Fulbright*, *Clark* und *Pell*, alle drei Mitglieder des außenpolitischen Ausschusses, sowie Friedensnobelpreisträger *Martin Luther King*.

Die Argumente des thailändischen Außenministers, der Kommunismus sei an allem Unglück Asiens schuld, überzeugten keinen der Gesprächspartner. Vielmehr bildete sich eine klare Mehrheit, die in der Nichterfüllung der Genfer Abkommen von 1954 die Ursache des Vietnamkriegs sehen. Die ernsthafte Suche nach den Fakten brachte etwas Klarheit ins komplizierte Vietnam-Dossier. So erwähnte Botschafter Chauvel ein Gespräch mit dem verstorbenen amerikanischen Außenminister *Dulles*, der ihm damals zu verstehen gab, das geplante Indochina-Abkommen sei den USA unwillkommen, weil zuerst der Manila-Pakt unter Dach gebracht werden müsse. Nach den Ideen Dulles' sollte dieses antikommunistische Bollwerk neben der Republik Vietnam auch Laos und Kambodscha einschließen. Als Grund für ihr Fernbleiben von den Genfer Verhandlungen gaben die USA an, sie könnten sich nicht mit Rotchina und dem Vietminh an einen Tisch setzen.

Die Genfer Verträge wurden damals aufgeteilt: in ein von allen Parteien unterzeichnetes Waffenstillstandsabkommen und in einen Rahmenvertrag, der einen Zeitplan für die Lösung des Vietnamproblems aufstellte (Verhandlungen zwischen Hanoi und Saigon, freie Wahlen usw.), aber nicht unterschrieben wurde. Die USA verpflichteten sich anschließend in einer unilateralen Erklärung, das Waffenstillstands-

abkommen zu respektieren. Der Rahmenvertrag dagegen war für die USA niemals bindend. Die Diskussionsrunde gelangte nach Untersuchung aller vorgebrachten Details mehrheitlich zur Auffassung, daß zwar die USA juristisch betrachtet die Genfer Verträge nicht gebrochen haben, aber ihrem Sinn von Anfang an zuwiderhandelten.

Die *Deutschlanddiskussion* begann als ein Dialog der Schwerhörigen. In der Mitte saß der schwedische Verkehrsminister *Olaf Palme*, zu seiner Rechten der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, *Wilhelm Schütz*, und links der Vizepräsident des DDR-Staatsrates, *Gerald Götting*. An den Tischeden hatten der britische Parlamentsabgeordnete und Vorsitzende der Europarats-Versammlung *De Freitas*, der Herausgeber von „Le Monde“, *Beuve-Mery*, und der außenpolitische Kommentator der Warschauer „Tribuna Ludu“, *Malcuzyński*, Platz genommen.

Schütz nannte drei Phasen auf dem Weg zur Regelung der deutschen Frage: 1. Überwindung der west-östlichen Konfrontation; 2. Verwirklichung der west-östlichen Kooperation; 3. Europäische Integration. Er schlug vor, mit einer gesamteuropäischen Bestandsaufnahme zu beginnen. Paritätisch besetzte west-östliche Studiengruppen sollen feststellen: Was trennt heute die beiden Teile Deutschlands? Was entzweit heute West- und Osteuropa? Was eint und verbindet uns nach wie vor und erneut?

Götting wiederholte die Standpunkte und Vorschläge der ostdeutschen Regierung in der üblichen Ausdrucksweise. Zusammengefaßt war der Inhalt seiner Rede, daß die DDR nur verhandeln kann, wenn sie als völlig gleichberechtigter Partner anerkannt wird. Nach einigen privaten Gesprächen zwischen Schütz und Götting am Büffet taute das Eis etwas auf. Der Vizepräsident des DDR-Staatsrates verzichtete sogar auf eine öffentliche Erwiderung auf die scharfe Polemik des schleswig-holsteinischen CDU-Abgeordneten *Petersen*. Schütz erntete Beifall, als er zum Abschluß der Debatte seine Hoffnung ausdrückte, daß dieses erste gemeinsame Auftreten offizieller Persönlichkeiten aus beiden Teilen Deutschlands den Beginn eines gesamtdeutschen Dialogs bedeuten möge. Auch Götting applaudierte kurz.

Der zweifache Nobelpreisträger *Linus Pauling* (USA) sprach im Namen von zwanzig anwesenden Wissenschaftlern. Er forderte ein sofortiges internationales Abkommen zum Verbot der bakteriologischen Waffen, für deren Entwicklung die Großmächte jährlich 500 Millionen Dollar ausgeben. Pauling legte auch einen Vier-Punkte-Plan zur *Beendigung des Vietnamkriegs* vor: 1. Einstellung der Bombardierung Nordvietnams, 2. Waffenstillstand und Rückzug der amerikanischen Truppen auf bestimmte Enklaven. 3. Freie Wahlen in Südvietnam unter internationaler Kontrolle und Abzug der amerikanischen Truppen. 4. Freilas-

sung der politischen Häftlinge, allgemeine Amnestie und Gewährung des Asylrechts für alle Vietnamesen, die darum ansuchen.

Erstaunliche Worte sprach ein hoher katholischer Würdenträger, *Don Helder de Camara*, Erzbischof von Olinda und Recife, einer der ärmsten Gegenden Brasiliens. Der Erzbischof befürwortete den Druck der ausgebeuteten Massen als einen Dienst gegenüber den Regierungen. „Denn nicht die Regierungen sind die wahren Herren der Welt, sondern die kalten Anbeter des Geldes, die großen internationalen Konzerne und die nationalen Oligarchien“, erklärte Don Helder. Die Religionen dürfen nicht dazu dienen, den besitzlosen Klassen ihr Schicksal zu erleichtern, sondern müssen im Gegenteil verkünden, daß die Reichtümer der Erde für alle da sind. Der Erzbischof verwies einen seiner Diskussionspartner, den ehemaligen Leiter des Marshall-Plans, *Paul Hoffman*, auf Statistiken, wonach aus den lateinamerikanischen Ländern mehr Kapital herausgeholt wird, als an amerikanischer Wirtschaftshilfe hingelangt.

Die Konferenzteilnehmer aus Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia und Thailand regten eine private *Friedenskonferenz für Südostasien* an und erklärten in einer gemeinsamen Resolution: „Wir sind uns einig, daß die gegenwärtigen Unruhen in Südostasien ihren Ursprung hauptsächlich in der vergangenen Kolonialperiode haben und daß die Region noch immer durch die Intervention auswärtiger Mächte bedroht ist. Die einzige Garantie gegen die Rückkehr einer neuen Form von Kolonialismus besteht darin, die Nationen dieser Region zu organisieren und eine neue Solidarität zu schmieden, zusammen zu arbeiten, zusammen zu leben und zusammen eine bessere und sicherere Zukunft zu planen.“

Abschließend zählte der Vorsitzende des *Center for the Study of Democratic Institutions*, Professor *Robert Hutchins*, elf Punkte auf, in denen zwischen den Konferenzteilnehmern weitgehende Übereinstimmung erzielt wurde. Die wichtigsten davon sind: Die amerikanische Intervention in Vietnam könne „bestenfalls als ein Fehler“ bezeichnet werden; die Lösung des Konflikts liegt in einer Neutralisierung ganz Südasiens; die Vereinten Nationen müssen unabhängiger werden und allen Staaten zum Beitritt offenstehen.

Pierre Simonitsch, Genf

Ost und West in Marienbad

Zweimal hatte in den vergangenen Jahren die vom katholischen Theologen Dr. *Erich Kellner* gegründete *Paulus-Gesellschaft* Marxisten, Theologen, Philosophen und Wissenschaftler aus Ost und West zu einem Gespräch über das Thema „Christentum und Marxismus“ eingeladen. Die beiden Tagun-

gen — in Salzburg und Herrenchiemsee — fanden eine weltweite Beachtung und haben wesentlich dazu beigetragen, die Auseinandersetzung zwischen Ost und West in Europa zu entkrampfen und zu versachlichen. Aus Gründen der politischen Glaubwürdigkeit drängte es sich nun auf, die Diskussion auch einmal hinter dem — längst durchlöchernten — „Eisernen Vorhang“ zu führen. Es ist vor allem dem führenden marxistischen Avantgardisten Frankreichs, Professor *Garaudy*, zu verdanken, daß dieser Plan rascher und reibungsloser verwirklicht werden konnte, als selbst Optimisten zu hoffen gewagt hatten. Das Soziologische Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften erklärte sich bereit, die Tagung in Zusammenarbeit mit der Paulus-Gesellschaft zu organisieren. So trafen sich denn zwischen dem 27. und 30. April 1967 in einem kursaalartigen Gebäude des Kurortes Marienbad an die 250 Theologen, Philosophen und Wissenschaftler aus Ost und West — Marxisten, Christen und Agnostiker —, um über das Thema *Schöpfertum und Freiheit in einer humanen Gesellschaft* zu diskutieren.

Gewiß war man in Marienbad unter sich, und die tschechische Öffentlichkeit hat wenig von dieser Konferenz erfahren. Trotzdem muß man es als einen entscheidenden Durchbruch betrachten, daß in einem kommunistischen Staate drei Tage lang marxistische Theoretiker von internationalem Rang, Geistliche, die im Vatikan führende Funktionen ausüben, westeuropäische, nicht-marxistische Politologen und Naturwissenschaftler sowie auch Geistliche aus sozialistischen Staaten völlig frei über so „heikle“ Themen wie die politische und religiöse Freiheit, die Perversionen des Marxismus, Revolution und Religion usw. diskutieren konnten.

Demgegenüber verliert die Kritik, die auf dem Kongreß selbst an dessen Verlauf geübt wurde, an Gewicht. Es trifft gewiß zu, daß zum Teil etwas gar akademisch diskutiert wurde, und auch die Bemerkung des Polen *Makowski* war nicht unberechtigt, daß die aufgeworfenen Probleme die eigentlichen Probleme in den sozialistischen Ländern kaum berührten. Auch wurde bemängelt, man habe sich auf hohen Kothurnen mit Glacehandschuhen der Abstraktionen angefaßt, aber nicht eigentlich diskutiert. Das bezieht sich freilich mehr darauf, daß die meisten Redner ein vorbereitetes Manuskript ablasen und für die eigentliche Diskussion nur noch relativ wenig Zeit übrigblieb.

Aber dieser Kongreß war eine Pioniertat, von der man nicht schon die Lösung aller Welträtsel erwarten durfte. Im ganzen ist denn auch überraschend viel Wesentliches gesagt worden. Das betrifft zunächst die Gemeinsamkeit zwischen Christen und Marxisten, die in einer recht hitzigen Diskussion über

das Ideologieproblem einmal sogar zu einer Frontbildung von Christen und Marxisten auf der einen und den Erfahrungswissenschaften auf der anderen Seite führte. Man erkannte, daß diese Gemeinsamkeiten historisch begründet sind. Der tschechische Philosoph *Cvekl* meinte, ohne Christentum würde es keinen Marxismus geben, wies aber gleichzeitig auch auf gemeinsame Verfehlungen hin, indem er die Inquisition in Parallele setzte zum Stalinismus.

Der Prager Philosoph *Milan Machovec*, Marxist und Atheist, der sich um den Dialog zwischen Marxisten und Christen ganz besonders verdient gemacht hat, warf die Frage auf, warum Marxisten und Christen so machtlos seien, die Menschen anzusprechen. Er sieht den Grund im Fehlen eines echten dialogischen Lebens. Er warnte davor, die Christen zu Marxisten und die Marxisten zu Christen machen zu wollen, und meinte, es gehe im Gegenteil darum, die Christen zu richtigen Christen und die Marxisten zu richtigen Marxisten zu machen. Im übrigen ist allein schon der Titel seines Referates ein Programm: „Christen und Marxisten auf der gemeinsamen Suche nach dem Sinn des menschlichen Lebens“. *Machovec* meint, daß die Frage nach dem Sinn des menschlichen Lebens die Kernfrage des künftigen Marxismus darstelle, die Marxisten aber von einer Lösung dieser Frage noch viel weiter entfernt seien als die Anhänger anderer Denkstrukturen. Die Marxisten dürften die Lösung aber nicht in einer fetischisierten Idee des Fortschritts, eines vergötterten Kollektivs oder Parteimechanismus suchen.

Der Prager marxistische Philosoph *Kalidova* meinte, die Freiheit des Menschen könne nicht reduziert werden auf die Freiheit der Arbeit, und man könne das Glück des Menschen nicht reglementieren. In einem Referat von ganz besonderem Niveau erklärte die rumänische marxistische Philosophin *Neana Marculescu*, was Christen und Marxisten trenne, sei eher die Ontologie als die Ideologie. Sowohl marxistische wie christliche ideologische Tabus aber seien Hindernisse für ein freies Schöpfertum, und es sei die gegenwärtige Aufgabe des Marxismus, schöpferisch zu werden.

Besondere Beachtung fand weiter das leidenschaftliche Referat des spanischen Kommunistenführers *Azcarate*, der in Frankreich im Exil lebt. Seine aus Spanien hergereisten, nicht-marxistischen Landsleute hatten die Zivilcourage, ihm offen Beifall zu spenden. (Dem Sekretär der Paulus-Gesellschaft Spaniens war — wie dem Theologen aus der DDR — die Ausreise nicht bewilligt worden. Dr. Kellner erklärte dazu in seinem Eröffnungswort, er fühle sich als Katholik persönlich beleidigt, daß die katholische Kirche in Spanien ein solches Regime noch immer unterstütze.)

Azcarate wies darauf hin, daß die Kommunistische Partei Spaniens öffentlich erklärt habe, daß die Katholiken Spaniens — er meinte damit natürlich nur den „progressiven“ Teil des Katholizismus — die Hauptkraft darstellten, die auf der Seite der Kommunisten am Kampfe für die Demokratie teilnehme. Die spanischen Kommunisten bekannten sich zum parlamentarischen System, auf der Grundlage der Existenz einer Pluralität von politischen Parteien und der offenen Konfrontation von Ideologien. Der Sozialismus bedeute für sie eine Erweiterung der menschlichen Freiheit, deshalb seien sie bereit, die Freiheit der Religion und den Respekt des Kultes zu garantieren.

Große Beachtung fand dann der Beitrag des Tübinger protestantischen Theologen *Moltmann*. Dieser meinte, die Front der Freiheit gehe heute mitten durch alle Lager hindurch, und die Nonkonformisten aller Lager suchten sich zu vereinen. Auch er fragte: Was ist uns gemeinsam? Die Leiden am wirklichen Elend des Menschen und die Hoffnung auf die Befreiung des Menschen. Es gebe keine Widersprüche zwischen der marxistischen und der christlichen Auffassung vom Elend des Menschen, obgleich sie nicht deckungsgleich seien. Er forderte die Marxisten auf, in der proletarischen Revolution nicht schon „das letzte Gefecht“ im Kampf um die Befreiung des Menschen, sondern erst eine weitere Etappe in diesem Kampf zu sehen. Andererseits wandte er sich gegen die westliche Perversion der Freiheit zum Privileg und stellte die These auf: Keinen Sozialismus ohne rechtsstaatliche Demokratie, keine freiheitliche Demokratie ohne Sozialismus, keinen demokratischen Sozialismus ohne die Verkündigung der Gnade und ohne Ausrichtung auf das Reich der Freiheit.

Noch etwas weiter ging der französische Theologe *Casalis*, der von einer „Theologie der Revolution“ sprach, andererseits aber die These vertrat, für den Marxismus stelle sich heute die Frage: Wie soll die Fortsetzung der Revolution in der Revolution geschehen?

Der „avantgardistische“ katholische Theologe *Johann Baptist Metz* aus Münster stellte die These auf: „Wo ein gesellschaftlicher Status quo ebensoviel Ungerechtigkeit enthält wie eventuell entsteht, wenn er revolutionär abgeschafft wird, da kann eine Revolution — für die Gerechtigkeit und Freiheit der Geringsten unter den Brüdern — auch im Namen der christlichen Liebe nicht unerlaubt sein.“

Der politische Berater der anglikanischen Kirche, *Oestreicher*, forderte ein politisches Engagement der Christen. Der Dialog zwischen Christentum und Marxismus könne nicht weitergehen, wenn die Kommunistische Partei in der westdeutschen Bundesrepublik nicht wieder zugelassen werde. Der Christ könne sich dem Dialog nicht stellen, wenn er sich nicht einsetze für die Befreiung der Völker in Rho-

desien und Süd-Afrika oder im Kampf gegen die Inhaftierung Tausender von Kommunisten in Griechenland. Andererseits hätten die Christen in den sozialistischen Ländern nicht die Freiheit, sich politisch zu engagieren.

Schlechthin revolutionär war dann, was Pater *Girardi*, Professor für Philosophie an der päpstlichen Universität der Salesianer in Rom, vortrug. Eine authentische christliche Haltung, so meinte er, schließe den Aufstand gegen unhaltbare, ungerechte Zustände in der Welt ein und bejahe auch radikale Veränderungen. Man könne seinen Nächsten nicht lieben, ohne die Menschheit zu lieben, und man könne die Menschheit nicht lieben, ohne für bessere Zustände in der Welt zu arbeiten. Er sprach von einer christlichen Revolution, die die Umwandlung der Welt fordere und die eine eigentliche Befreiungsbewegung sei. „Die Synthese der beiden Gebote der Gottes- und der Nächstenliebe wird zur Synthese von Religion und Freiheit, von Religion und Revolution.“ Marxisten und Christen seien heute überzeugt, daß die totale Freiheit des Menschen seine wirtschaftliche Freiheit mit einbeziehe. Auch was die Eigentumsfrage anbelangt, sei es möglich, an eine Zusammenarbeit von Christen und Marxisten zu denken. „Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß der Wille der Marxisten zum Frieden weniger aufrichtig ist als der unsere.“ Pater Girardi sah auch die Möglichkeit eines gemeinsamen Aktionsprogramms von Christen und Marxisten. „Was wir den Marxisten vorwerfen, ist nicht, daß sie die Revolution predigen, sondern daß sie behaupten, diese sei bereits verwirklicht; was wir ihnen vorwerfen, ist nicht, daß sie revolutionär sind, sondern daß sie es zuwenig sind.“

Was immer wieder überraschte, war die auffallende Übereinstimmung der Probleme, mit denen sowohl die Marxisten wie die Katholiken heute zu ringen haben. Auf beiden Seiten ist eine Spannung erkennbar zwischen Progressisten, „Zentristen“ und Konservativen. Während einerseits spanische Katholiken bereit sind, mit den Kommunisten zusammen für eine Demokratisierung Spaniens zu kämpfen, steht heute immer noch auf den spanischen Münzen: „Franco Cauchllo de Espafia por la Gracia de Dios“. Auch unter den Marxisten, die in Marienbad sprachen, gab es Avantgardisten, wie etwa den Italiener *Luporini*, und Konservative, wie den Leipziger Professor *Hollitscher*. Andererseits bewies der in seinem eigenen Lande und seiner eigenen Partei etwas vereinsamte französische Marxist *Roger Garaudy*, daß man Avantgardismus und Konservatismus sogar in einer Person vereinigen kann. Während Garaudy einerseits auch in Marienbad seine bekannten Thesen vertrat, die wohl zum Aufgeschlossensten und „Modernsten“ gehören, was der Marxismus heute zu den Problemen unserer Zeit zu sagen hat, fiel

er andererseits, sobald er auf die bürgerliche Demokratie und ihre Freiheiten zu sprechen kam, in eine merkwürdig orthodoxe Haltung zurück. Aber in sozusagen allen marxistischen Beiträgen wurde deutlich, daß im Marxismus immer mehr ein echtes Problemendenken den früheren starren Dogmatismus verdrängt. Der tschechische Philosoph *Novy* meinte sogar, wir lebten heute gemeinsam in einer offenen Gesellschaft, und niemand könne die Zukunft garantieren. Der Marxismus nehme die Ungarantiertheit ernst, und er sei die Methode der Entmythologisierung seiner selbst. Auch wußten die Marxisten aus eigener Erfahrung, daß die Abschaffung des Privateigentums das Problem, um das es ihnen gehe, erst eröffne.

Damit konnte nur ein höchst summarischer Überblick über das Geschehen auf dem Marienbader Kongreß vermittelt werden. Die Grundtendenz des Kongresses war, den Gegensatz Atheismus — Theismus zu überwinden oder zumindest zu entschärfen, ja überhaupt alle ideologischen Fragen zu entdogmatisieren. Die Christen bewiesen eine aufrichtige Bereitschaft, sich — zum Teil bis zur Bejahung der Revolution — an der materiellen Veränderung der Welt zu beteiligen. Die Marxisten bewiesen eine sicher ebenso aufrichtige Bereitschaft, sich mit den bisher von ihnen vernachlässigten Problemen des Einzelmenschen und der Sicherung der Freiheit schon hier und heute — und nicht erst in einem fernen Millennium — zu befassen.

Während einerseits die Marxisten ihren Atheismus entdogmatisieren und bereit sind, mit einer Kirche zusammenzuarbeiten, die sich von ihrer Bindung an die kapitalistische Gesellschaftsordnung befreit und — wie es in der jüngsten päpstlichen *Enzyklika Populorum Progressio* geschah — den Sozialismus akzeptiert, wenn nicht gar unterstützt, zeigen diese avantgardistischen Christen sich bereit, den Atheismus der Marxisten mehr als ein Bekenntnis zum Humanismus denn als Leugnung Gottes zu verstehen und in ihm kein Hindernis mehr für eine Zusammenarbeit mit Marxisten zu sehen, vorausgesetzt, daß ein vernünftiges Maß an Religionsfreiheit garantiert wird. Bisher haben Christen und Marxisten aneinander vorwiegend nur die Perversionen gesehen, zu denen Ideologie und Glauben teilweise entartet. Heute aber beginnen beide nach dem wahren Wesen hinter diesen Perversionen zu suchen. Und sie entdecken mit Überraschung, daß sie einander im wesentlichen weit weniger fremd sind, als sie bisher angenommen hatten.

Man kann dem Schlußwort der Paulus-Gesellschaft nur zustimmen: Es sind bemerkenswerte Fortschritte gegenüber früher gemacht worden, und es ist klargeworden, „daß die Marxisten unser Vertrauen verdienen und auch wir hoffen dürfen, auf sie vertrauenswürdig zu wirken“ (wobei unter „Marxisten“ wohl

vor allem die am Kongreß Teilnehmenden gemeint sind). Auch Dr. Kellner sagte, der Dialog sei offener, existentieller geworden; so offen habe man noch nie miteinander gesprochen.

Gewiß wird dieser Kongreß keine unmittelbaren konkreten Resultate zeitigen, aber auf dem Wege zum Abbau von Fanatismus und Dogmatismus, von Dämonisierung und Intoleranz, von Unvernunft und Böswilligkeit im Verhältnis zwischen Ost und West in Europa ist man gewiß wieder einen Schritt weitergekommen. Vielleicht wird nächstesmal auch die Sowjetunion über ihren Schatten springen können und es auch sowjetischen Philosophen und Wissenschaftlern ermöglichen, sich in dieses europäische Gespräch einzuschalten.

Dr. Arnold Künzli